

## **Protokoll:**

Bürgermeisterin Mohrs bittet den Wirtschaftsprüfer, Herrn Dr. Breitenbach, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinischen Treuhand über die Ergebnisse des Jahresabschlusses zu berichten.

Herr Dr. Breitenbach erläutert an Hand der Präsentation zunächst den Auftragsgegenstand, die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung. Er stellt die Prüfungsergebnisse des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2022 vor. Die Prüfung erfolgte gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in Verbindung mit der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz und schließt die Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der

wirtschaftlichen Verhältnisse ein. Der Jahresabschluss besteht aus einem Prüfungsberichtsteil mit dem Gesamturteil, dem Erläuterungsteil sowie dem Anlagenteil. Im Zusammenhang mit der Prüfung ist auch eine Prognose über Chancen und Risiken für den Betrieb zu erstellen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse erklärt Herr Dr. Breitenbach an Hand der Gegenüberstellung der Bilanzpositionen zum 31.12.2021 und 31.12.2022.

Herr Dr. Breitenbach geht während seines Vortrages auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs ein. Dabei weist er insbesondere darauf hin, dass sich im gesamten Jahresabschluss, in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung die Beendigung des Vertrags mit dem Landkreis Cochem-Zell zeigt. Auf der Aktivseite (Mittelverwendung) ist das Anlagevermögen durch den Verkauf der Anlagegüter an den Landkreis Cochem-Zell zum Restbuchwert gesunken. Die Investitionen erfolgten überwiegend für Fahrzeuge und Abfallgefäße. Während die Liquidität im Umlaufvermögen leicht gesunken ist, sind die übrigen Werte des Umlaufvermögens angestiegen. Die Forderungen gegenüber Dritten haben sich erhöht, weil die Zahlung des Landkreises Cochem-Zell erst in 2023 erfolgte. Durch den Jahresverlust 2022 hat sich das Eigenkapital, dargestellt auf der Passivseite (Mittelherkunft), vermindert. Der Verlust resultiert aus den negativen Ergebnissen bei den Betriebszweigen Abfallwirtschaft und Straßenreinigung und wird als Verlustvortrag in den kommenden Jahren ausgeglichen. Zudem erfolgt auch nach Beendigung des Vertrags mit dem Landkreis Cochem-Zell eine Gewinnausschüttung an den Haushalt der Stadt Koblenz. Zur Finanzierung der Vermögensgegenstände wurden die Schuldenlage ebenso wie die Rückstellungen überprüft. Für die Deponie Niederberg hat die Prüfung ergeben, dass diese wegen der Kostensteigerungen nochmals zwingend angepasst werden musste. Beim Passiven Rechnungsabgrenzungsposten, der analog der Vorjahre für

Unterhaltungsmaßnahmen bei der Straßenunterhaltung wegen der Abwicklung von Aufträgen aus dem Vorjahr gebildet wurde, ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Bei der Gewinn- und Verlustrechnung weist er auf die Ertragslage hin und darauf, dass sich die Umsatzerlöse erhöht haben. Der Anteil der Abfallwirtschaft an den Umsatzerlösen beträgt rund 50 %. Die Umsatzerlöse der Straßenreinigung haben sich durch den Winterdienst reduziert. Der gestiegene Materialaufwand hängt mit dem Anstieg der Kosten für Betriebsstoffe zusammen. Eine Gutschrift der evm für Stromkosten wurde als durchlaufender Posten an die Stadt weitergegeben. Das Finanzergebnis hat sich bedingt durch eine aktuelle Bewertung der Deponierückstellung reduziert. Nach der Bewertung 2022 war es aus Sicht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft richtig die Gebühren im Jahr 2023 zu erhöhen.

Herr Dr. Breitenbach fasst zusammen, dass die Buch- und Geschäftsführung im Ergebnis der Prüfung der Mittelrheinischen Treuhand insgesamt ordnungsgemäß ist und der Bestätigungsvermerk uneingeschränkt erteilt wurde und beendet damit seinen Vortrag.

Bürgermeisterin Mohrs dankt Dr. Breitenbach für die ausführlichen Erläuterungen.

Auf die Frage von RM Knopp, aus welchem Grund sich die Zahl der Beschäftigten verändert hat, erklärt Bürgermeisterin Mohrs, dass unbesetzte Stellen besetzt wurden.

Werkleiter Danne führt auf die Frage von RM Schumann-Dreyer, warum die evm-Erträge an die Stadt weitergeleitet wurden aus, dass die Stadt die Aufwendungen für Strom zahlt und dementsprechend auch die Gutschriften erhält.

Auf die Nachfrage von RM Schumann-Dreyer zur Ausschüttung an den städtischen Haushalt bei dem festgestellten Jahresverlust erklärt Dr. Breitenbach, dass dies Ergebnis einer Prüfung des Landesrechnungshofs war. Die Stadt erhält den Mindestgewinn aus der Vereinbarung mit dem Landkreis Cochem-Zell.

Bürgermeisterin Mohrs stellt fest, dass es keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder zu der Vorlage gibt und stellt die einstimmige Zustimmung entsprechend dem Beschlusssentwurf fest.

